

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Noch immer keine Regierung!

### Neue Verhandlungen und Unterhandlungen.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet aus dem Reichstage:

Langsam beginnt im Reichstag die Einsicht sich Durchbruch zu verschaffen, daß eine Regierung ohne parlamentarische Spitze, also auch ein Kabinett der Persönlichkeiten, in Anbetracht der schwierigen innen- und außenpolitischen Lage vollkommen unmöglich ist. Man erwartet deshalb bereits jetzt wieder die Möglichkeit zur Rückkehr der großen Koalition mit Änderungen in der bisherigen Besetzung der Ministerien. Um 12 Uhr trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Besprechung zusammen. Für 1 Uhr hat der Reichskanzler den Genossen Hermann Müller zu sich gebeten.

Der Versuch Stresemanns, ein überparlamentarisches Kabinett zu bilden, muß jetzt als gescheitert betrachtet werden. Dr. Stresemann hatte die Absicht, im wesentlichen die demokratischen und volksparteilichen Minister und auch die des Zentrums seiner bisherigen Regierung in das neu zu bildende Kabinett einzubeziehen, dagegen die bisher von Sozialdemokraten besetzten Ministerien an Wirtschaftler auszuhandeln, die als politisch unbeschrieben gelten konnten. Er dachte hier u. a. an den bisherigen Direktor der Darmstädter Bank, Hjalmar Schacht, und an den bereits bei früheren Regierungskrisen genannten Kommerzienrat Rabeithge. Schacht sollte das Finanz- und Wirtschaftsministerium gemeinsam übernehmen, während Rabeithge für das Ernährungsministerium auserkoren war. Der Reichskanzler gedachte mit der alten Koalition, die er mit dem Kabinett der großen Koalition zusammen ausgehandelt hatte, vor das Parlament zu treten und die Vertrauensfrage zu stellen.

Noch im Verlauf des gestrigen Abends mußte er sich jedoch davon überzeugen, daß ein derartiges Kabinett bereits in der ersten Sitzung fallen würde, weil ihm die Zustimmung der Deutschnationalen ausgeschlossen schien und auch die Sozialdemokraten gegen eine derartige Regierung starke Bedenken tragen mußten. Von unserer Seite wäre eine Vertrauensformel für das sogenannte überparlamentarische Kabinett Stresemann nicht in Frage gekommen. Der Reichskanzler bot deshalb noch am Donnerstagabend die Führer der Koalitionsparteien, ernsthaft zu erwägen, ob nicht dennoch die Möglichkeit bestehe, ein Kabinett der großen Koalition zu bilden. Er sah sich zu dieser Auffassung um so mehr gezwungen, als die nur noch übrig bleibende Lösungsmöglichkeit durch eine Aufhebung des Reichstages außerordentliche Schwierigkeiten mit sich bringt, im übrigen aber die Möglichkeit der Kleinen Koalition an der Haltung des Zentrums und der Demokraten scheitern würde. Er gedenkt, dieses Kabinett der Großen Koalition aus Mitgliedern der alten Regierung zu bilden, jedoch das Finanz- und Wirtschaftsministerium dem Generaldirektor der Darmstädter Bank, Schacht, zu übergeben. Schacht hat ihm bereits seine Zusage gemacht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Kombination bereits im Laufe des Nachmittags zur Tatsache wird, da auch das Zentrum und die Demokraten sich um das Zustandekommen einer neuen großen Koalition ernsthaft bemühen. Die demokratische Fraktion hat inzwischen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die deutsch-demokratische Reichstagsfraktion richtet an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler die dringende Aufforderung, den Versuch einer Wiederherstellung der Regierung der Großen Koalition nochmals zu unternehmen. Wenn ein solcher Versuch nicht unternommen wird, sieht sich die Fraktion nicht in der Lage, einem sogenannten „unpolitischen“ Kabinett ihr Vertrauen auszusprechen.“

Auch die Zentrumsfraktion ist bereit, weitgehende Zugeständnisse an die Sozialdemokratie zu machen. Sie schlägt vor, die Arbeitszeitfrage aus dem Ermächtigungsgesetz herauszulassen und die übrigen sozialpolitischen Fragen nur unter Einschaltung eines Reichstagsausschusses in Zukunft zu regeln. Die Demokraten sind darüber hinaus bereit, der Sozialdemokratie insofern eine gewisse Garantie für die sachliche Ausführung der sozialpolitischen Ermächtigung dadurch zu geben, daß neben Reichsarbeitsminister Brauns ein sozialdemokratischer Staatssekretär in das neue Kabinett eintritt.

Für 1 Uhr mittags hat, wie verlautet, der Reichskanzler die Führer der bisherigen Regierungsparteien zu sich.

Um 12 Uhr mittags trat die sozialdemokratische Fraktion zur Besprechung der Lage zusammen. Nach einem Bericht des Genossen Hermann Müller wurde der Fraktionsvorstand ohne vorherige Debatte ermächtigt, in Anbetracht der Zugeständnisse von Zentrum und Demokraten Verhandlungen über die Wiederherstellung der großen Koalition mit dem Reichskanzler zu führen.

Wie die „Voss. Stg.“ zu berichten weiß, hat Hugo Stinnes gestern im Reichstag mit den Deutschnationalen verhandelt. Diese Verhandlungen dürften ihre Vorgeschichte haben. Wenn die „Germania“ richtig informiert ist, hat bereits in der vorigen Woche eine Konferenz bei Stinnes stattgefunden, in der die Liste für ein kleines Kabinett mit diktatorischen Vollmachten

ausgestellt worden ist. Es wurde eine Ministerliste dieser sogenannten nationalen Diktatur aufgestellt, an deren Spitze ein bekannter General stehen soll, und die Herrn Helfferich als Finanzminister und einen bekannten Gewerkschaftler als Arbeitsminister nennt. Man geht wohl kaum fehl, wenn man diesen Gewerkschaftler in der Person Stegerwalds in den eigenen Reihen des Zentrums sucht. Da sowohl das Zentrum als auch die Volkspartei in auffälliger Weise betonen lassen, daß sie für eine Regierung, die nicht auf der verfassungsmäßigen parlamentarischen Grundlage steht, nicht zu haben seien, muß man sich fragen, was sonderbare Heilige wie Stinnes und Stegerwald an ihre Parteien noch weiter bindet.

## Sturm auf Preußen.

### Die Stoßtruppe an der Arbeit.

Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Seitdem die Deutsche Volkspartei so prompt zusammengeschnitten ist, als die Deutschnationalen und die mit ihnen in engem Bunde arbeitenden Gruppen der Schwerindustrie das „marxistische“ Koalitionskabinett Stresemann zu stürzen suchten, ist diesen Ministerstürzern der Appetit gewaltig gewachsen. Es genügt ihnen nicht, nach ihrer Meinung den „Marxismus“ im Reiche beseitigt zu haben, sie strecken jetzt auch die Hände nach Preußen aus. Hinter den Kulissen wird eifrig daran gearbeitet, der Deutschen Volkspartei in Preußen begreiflich zu machen, daß sie unmöglich in der bisherigen preußischen Regierungskoalition bleiben könne, weil in ihr ja auch Marxisten sitzen. Die volksparteiliche „Zeit“, die auch die Unterströmungen der eigenen Partei zwischen den Zeilen anzudeuten pflegt, hatte schon gestern abend geschrieben:

„Gewiß ist der Versuch gescheitert, aus der großen Koalition im Reiche eine feste und dauerhafte Regierung zu schmieden. Aber damit ist der Gedanke der großen Koalition keineswegs erledigt. Dieser Gedanke behält seine volle Berechtigung, und er behält hoffentlich auch seine volle Lebenskraft da, wo er sich durchgesetzt hat. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn von der Arbeit im Reiche irgendwo ein Rückschlag auf die Regierungsverhältnisse in Preußen ausgehen sollte. Wir hoffen bestimmt, daß das nicht der Fall sein wird.“

Diese Hoffnung der „Zeit“, die sich augenscheinlich der eigenen Mannen nicht mehr sicher glaubt, erscheint der „Kreuzzeitung“ außerordentlich bedenklich. Sie sucht die Volksparteiler in plumpester Weise aufzuspitzen, indem sie versichert, die „Hörigkeit der volksparteilichen Landtagsfraktion von Herrn Severing sei allem Anschein nach größer als der Wille der Reichstagsfraktion der Stresemann-Partei“.

Um die Volksparteiler vollends einzuschüchtern, veröffentlichten die deutschnationalen Blätter die Mitteilung, die deutschnationale Reichstagsfraktion habe beschlossen, der Fraktion der Deutschen Volkspartei bekanntzugeben, daß sie auch einem neuen Kabinett Stresemann das Vertrauen würde versagen müssen, da ein solches Kabinett keine Gewähr dafür böte, daß die Sozialdemokraten auch aus der preußischen Regierung ausgeschaltet würden.

Wenn die schmelzenden Rattenfänger melodien nicht mehr den erhofften Erfolg zeitigen, dann kommt der alt-preußische Junterton wieder zur Geltung: Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt! Welche Wirkung diese Tonart auf die Gefolgschaft des Herrn Scholz in Preußen haben wird, läßt sich für den Augenblick nicht voraussagen. Immerhin kommt in dem Bestreben der deutschnationalen Stoßtruppe, auch die Regierungsform in Preußen zu ändern, die hohe Anerkennung zum Ausdruck, die das energische, feste und zielbare Verhalten des sozialdemokratischen Innenministers Severing auch der Junterpartei abnötigt. Sie weiß ganz genau, daß, wenn gleich stabile Verhältnisse wie in Preußen auch im Reiche vorhanden wären, und wenn die republikanische Verfassung in gleich beständiger Form auch durch die Reichsregierung geschützt würde, wie das in Preußen durch Severing der Fall ist, daß dann ihre Hoffnung auf Sieg alsbald in ein Nichts zusammenschrumpfen würde. Es ist deshalb begreiflich, daß der Sturmbalken zunächst an die preußische Mauer gesetzt wird. Die Stürmer wissen nur zu gut, daß ihre Absichten, das parlamentarische System und die Republik selbst im ganzen Reiche unmöglich zu machen, so lange scheitern werden, als der größte Einzelstaat dieses Reiches in Verwaltung und Regierung fest republikanisch bleibt.

Für die Sozialdemokratie liegen die Dinge ganz klar. Schon einmal hat man nach der Revolution versucht, ohne die Sozialdemokratie in Preußen zu regieren, zur großen Freude der Deutschnationalen. Aber das von dem Namen Stegerwald-Dominicus gekennzeichnete sozialistische Ministerium hat keine allzu lange Lebensdauer gehabt, und von den bürgerlichen Parteien selbst hat man sich damals immer wieder bemüht, unsere Fraktion zur Beteiligung an der Re-

gierung zu veranlassen. Seit zwei Jahren ist die große Koalition in Preußen Tatsache. Und wenn wir auch nicht mit allem einverstanden sind, was die einzelnen Ministerien getan und unterlassen haben, wenn insbesondere das Justiz- und das Kultusministerium mehr als einmal Anlaß zur Kritik geben haben, so sind die Verhältnisse in Preußen allgemein doch ungleich gefestigter als im Reiche. In den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, in denen wegen der Zustände im Reiche eine begriffliche Mißstimmung Platz gegriffen hat, wird man wegen der Verhältnisse in Preußen viel weniger Mißbehagen finden. Und wenn es wahr ist, daß diejenige Regierung die beste sei, von der man am wenigsten spricht, so trifft das zweifellos in weit höherem Maße für Preußen zu als für das Reich und etwa für Bayern.

Wenn deshalb dieser neuerliche Vorstoß der Deutschnationalen gegen die preußische Regierungskoalition erfolgt, so hat das keinen anderen Zweck, als die Aufmerksamkeit von dem Landesverräterischen Treiben „völkischer“ und „nationaler“ Kreise abzulenken und zunächst einmal den Widerstand zu zerbrechen, der den Butschisten gerade von Preußen aus entgegengekehrt wird. Denn darüber sind sich diese Kreise völlig im Reinen, daß alle ihre Absichten, durch einen trockenen oder feuchten Butsch die Regierungsgewalt in die Hand zu bekommen, solange scheitern werden, als in Preußen die Staatsgewalt in den Händen zuverlässiger und energischer Republikaner liegt. Wenn die Deutschnationalen mangels eigener Geistesfähigkeit jetzt das hitlerische Schlagwort vom „Marxismus“ nachplappern, so brauchen sie ein solches Schlagwort lediglich, um die im Denken bequemeren Anhänger der bürgerlichen Parteien leichter einzufangen zu können.

Der Marxismus ist bekanntlich eine Gesellschaftslehre, die den Programmen der modernen sozialistischen Parteien zugrunde liegt. Daß in Preußen oder im Reiche bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen wirklich marxistische, d. h. rein sozialistische Gesetzgebung erfolgen könnte, glauben auch die treuesten Nachläufer Adolfs Hitlers und Helfferichs nicht. Sie wissen so gut wie wir, daß es für die Sozialdemokraten innerhalb oder außerhalb der Regierung zunächst nur darauf ankommen kann, die demokratischen Einrichtungen zu festigen, die die Revolution gebracht hat, und in die Gesetzgebung dasjenige Maß von sozialistischen Gedanken zu übertragen, das der gegenwärtigen Kräfteverteilung entspricht. Jeder Sozialdemokrat weiß, daß die sozialistische Gesellschaft als Ziel nur auf einem mit Hindernissen besetzten Entwicklungsweg zu erreichen ist, und daß soziale und sozialistische Tendenzen nur im gleichen Maße wachsen wie das Verhältnis der Gesellschaftsklassen sich verändert.

Das Schlagwort vom „Marxismus“ ist deshalb ein törichtes Gerücht, um Dumme zu fangen. Daß die Sozialdemokratie den wirklichen Marxismus nicht aufgibt, ist eine Selbstverständlichkeit, denn auf ihm beruht ihre ganze Gedankenwelt. In der Gegenwart aber handelt es sich nicht allein um Sozialismus und Marxismus, sondern vor allem um die Erhaltung des Deutschen Reiches als Republik und als Wirtschaftsgemeinschaft. Wer angesichts der separatistischen Bestrebungen im Rheinland und in Bayern jetzt auch noch Preußen in die gleichen Regierungswirren stürzen wollte, unter denen das Reich zu leiden hat, handelt als ein Schädling am ganzen Volke. Es ist daher verständlich, wenn die Deutsche Volkspartei in Preußen es bisher abgelehnt hat, den deutschnationalen Rattenfängern im gleichen Maße Gefolgschaft zu leisten, wie ihre Parteifreunde im Reichstage, und daß sie, wie ein Mittagblatt zu melden weiß, dem preußischen Ministerpräsidenten ausdrücklich von dieser ihrer Haltung in Kenntnis gesetzt hat.

## Das Werk der Krisenmacher.

### Die Mark stürzt ins Bodenlose.

In der Börse herrscht vollkommen katastrophale Stimmung. Man sieht den Bemühungen Stresemanns, eine neue Regierung zu bilden, sehr skeptisch gegenüber. Die heute veröffentlichten Ziffern über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse, die ein katastrophales Anwachsen der schwebenden Schuld in der letzten Septemberecke um das Fünfeinhalbfache erkennen lassen, bildete den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die Tendenz am Devisenmarkt war angesichts dieser trostlosen finanziellen Lage und der außerordentlich schwierigen politischen Verhältnisse sehr fest. Vor der amtlichen Notierung wurde der Dollar mit 630 Millionen, das englische Pfund mit 2800 Millionen genannt.

Im Effektenverkehr trat ebenfalls nach etwas unsicherer Eröffnung eine sehr feste Tendenz hervor. Diese erstreckte sich jedoch nicht auf alle Märkte gleichmäßig. Die stärksten Kurssteigerungen wiesen die Aktien aller Unternehmungen des besetzten Gebietes und auch Oberschlesiens auf. Demgegenüber bleiben die Aktien von Gesellschaften des unbesetzten Gebietes hinter der Devisenbewegung im Kurse wesentlich zurück. Die Geldflüssigkeit, die sich seit einigen Tagen an der Börse bemerkbar macht, hält vorläufig noch an.



## Im Urteil des Auslandes.

In der „Brager Presse“ wird die letzte deutsche Krise auf die Rechtsbewegung zurückgeführt, die durch die Haltung der französischen Regierung nach dem Verzicht auf den passiven Widerstand verstärkt worden sei.

„In dieser ganzen Bewegung nach rechts ist eine der wichtigsten Ursachen der Krisenerklärung der letzten Tage zu suchen, die zweite Ursache aber in dem starken Machtbewußtsein der deutschen Industrie. . . Die großen industriellen Magnaten sehen jetzt die Zeit gekommen, um der Sozialdemokratie von den Ertragschancen, die sie durch die Revolution erobert hat, eine nach der anderen wieder wegzunehmen, vor allem den Machtstunden, der im Jahre 1918 gefählich festgelegt worden ist. Sie wollen aber darüber hinaus die Sozialdemokraten auch aus allen politischen Machtpositionen verdrängen, die sie sich im Reich und in den einzelnen Ländern geschaffen haben. So ist die Parole „gegen den Marxismus“, die von der Industrie aufgefunden ist, zu verstehen.“

Um diese Dinge gilt es. Das ist der Zweck des Buches, der zu den Krisen geführt hat. Es ist ein Kampf des Großunternehmertums gegen die Sozialdemokraten und die Arbeiterschaft und er wird auch durch ein mühsam zusammengeplantes Kompromiß nicht beigelegt werden können.

Dieses nüchterne Urteil eines bürgerlichen Blattes, das sehr aufmerksam die Vorgänge in Deutschland verfolgt, ist die denkbar schärfste Anklage gegen die völksparteilichen Krisenmacher, die als Sachwalter der Schwerindustrie und der Reaktion die Regierung in die Luft gesprengt haben.

## Die Blutpumpe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes trägt in ihren heutigen Betrachtungen zur Regierungskrise den Parlamentarismus zu Grabe:

„Der deutsche Parlamentarismus ist tot. Er hat zu den Konsequenzen geführt, die von Anfang an in ihm lagen. Es war sein Schicksal, nicht in einem freien Lande zu stehen. In Deutschland war das Parlament, das „freie Parlament im freien Lande der Welt“, in Wahrheit nur die Blutpumpe des Landesfeindes. Das war seine historische Aufgabe. An ihr ist es jetzt zusammengebrochen. Was nun kommt, wird etwas Neues sein.“

Eine nähere Erläuterung dessen, wie das „Neue“, das nun kommen soll, geartet ist, gibt das Stinnes-Organ nicht. Es braucht sich auch nicht in geistige Unkosten zu stürzen. Für jeden Arbeiter ist es nach den mehrfachen Erklärungen von Stinnes und seinem jetzigen Vorgehen bei dem Regierungsturz klar, daß an die Stelle der angeblichen „Blutpumpe des Landesfeindes“ nach Aufrichtung einer Rechtsdiktatur die Blutpumpe der deutschen Schwerindustrie treten soll.

## Zweierlei Maß.

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Magdeburg sollte heute abend der löbliche Polizeibefehlshaber Schüßinger sprechen. Auf Anordnung des Militärbefehlshabers für Sachsen muß das Referat unterbleiben, da das Auftreten Schüßingers geeignet sei, die Bevölkerung zu beunruhigen.

Danach ergibt sich die pikante Situation, daß in Sachsen (dem höheren Beamten, dessen Reichs- und Verfassungstreue bekannt ist, der Mund geschlossen wird, während in Bayern ein Adolfs Hüller, dessen verfassungsfreudige Tätigkeit vom obersten deutschen Gerichtshof festgestellt wurde, sein heberisches Redehandwerk weiter betreiben darf. Was gedenkt Herr Behler zu tun, um die Handhabung des Ausnahmezustandes einheitlich zu gestalten und derartige Grotesken in Zukunft zu vermeiden?

Durch Verfügung des Regierungskommissars für Hamburg wurden bis auf weiteres verboten die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“, die „Tag-Post“ und die „Nacht-Post“.

## Kabarett im Theater.

Tribüne: „Fannys erstes Stück“ von Bernard Shaw.

Als „Fannys erstes Stück“ zum erstenmal auf einer Berliner Bühne erschien, schrieb mein Kollege vom „Berliner Lokal-Anzeiger“, es sei eine lebenslich dünne und lustlose Komödie. Und der Herr Kollege vom „Berliner Tageblatt“ meinte: „Wenn Shaw, wie einst Molière, von der Bühne herab auf sich selbst schimpfen läßt, so tut er das mit dem ihm eigenen Wig, nimmt sich aber ein bißchen wichtiger als er ist, mindestens für das weitere Europa ist.“ Der lachende Philosoph Shaw, dem aber auch nichts heilig ist, wußte in „Fannys erstes Stück“ den Theaterkritikern eins aus. Es ist amüsant, heute, nachdem die Welt um zwölf Jahre vorgeklimmt ist, zu unteruchen, wer klüger ist, Shaw oder seine Kritiker.

Ad 2: Nimmt er sich wichtiger als er ist? Noch während des Krieges hatte Shaw den Mut zu schreiben: „Das weitest große Unglück, das der Krieg verursacht hat, war der Tod von Soures, der für Frankreich und Europa mehr wert war als zehn Armeekorps und hundert Erzbergwerke. Der Sozialismus allein bewahrt Haltung. Er haßt den Krieg und er erkennt, daß Krieg immer von Arbeitern geführt wird, die keinen Streit haben, sondern im Gegenteil ein höheres gemeinsames Interesse. Der Sozialismus weiß, daß Krieg, romantisch gesehen, ein Sport für Könige ist.“ So sagt Shaw. Die Deutschnationale Volkspartei erklärt jetzt, nachdem sie zehn Jahre Zeit gehabt hat nachzudenken, einen Aufruf, in dem der Satz steht: „Der Marxismus hat abgewirtschaftet“. Nach dieser grandiosen Erkenntnis überlasse ich dem Weser getrocknete Entscheidung, ob Shaw für das weitere Europa wichtig ist.

Ad 1: Ist die Komödie dünn und lustlos? Ich erinnere daran, daß drei Wochen vor ihrer damaligen Aufführung die Anschlagskisten verflüchteten: 1. Oktober 1911. Neues königliches Operntheater. Auf Allerhöchsten Befehl. Erste Vorstellung für die Berliner Arbeiterschaft: „Kolberg“ von Paul Heyse. Ein verurteilter Mensch kann sich heute kaum noch vorstellen, daß so etwas erst zwölf Jahre her ist. Der laienliche Gedanke, sich auf diese Weise das Herz der Proletariat zu sichern und ihnen gleichzeitig mit Hilfe von Paul Heyse nationalstifische Besinnung einzurichten, ist so abern, daß wie ihn ins dunkle Mittelalter verlegen möchten. Shaw beschäftigt sich in „Fannys erstes Stück“ wie in fast allen seinen Dramen mit den Hintergründen der herrschenden Zustände, von denen jeder weiß, daß sie nicht so bleiben können, es aber nicht laut zu sagen mag. Shaw zieht satirisch lächelnd den Schleier der Blige von den Menschen und entlarvt erbarmungslos die Gemeinheit der Charaktere. Er schreibt seine Stücke unter dem Einfluß der Tagesereignisse. „Fannys erstes Stück“ müßte als unterdessen an Aktualität verloren haben. Da aber die Welt langsam weiter geht als ein erleuchteter Geist, so werden seine ältesten Komödien noch

## Befahrungsregie und Dienstleid.

Paris, 5. Oktober. (W.B.) Die Agentur Havas erklärt das Gerücht, die französischen Behörden würden der Einstellung der deutschen Eisenbahnen in den Dienst der französisch-belgischen Regie dadurch Hindernisse bereiten, daß von ihnen die Ablegung eines Treueides verlangt werde, für unbegründet. Es werde von den wieder eingestellten Beamten kein Ergewerheitsleid verlangt, sondern nur die Erklärung, daß sie sich verpflichtet, ihren Dienst in regelmäßiger Weise auszuführen.

## Die Justizschande von Düsseldorf.

Düsseldorf, 5. Oktober. (W.B.) Die zur Aufklärung des Sachverhalts bei den Vorgängen am Sonntag von den französischen Behörden eingeleitete Untersuchung richtete sich außer gegen die bereits gestern gemeldeten Personen noch gegen den Regierungspräsidenten Grünher in Barmen, seinem Stellvertreter Oberbaurat Raddag in Düsseldorf und gegen eine größere Anzahl Schupooffiziere und Beamte. Eine Anklage in bestimmter Richtung ist zurzeit noch nicht erhoben worden. Mit der Verteidigung sind beauftragt Dr. van Houten, Rechtsanwält beim Kassationsgerichtshof in Haag, und Rechtsanwalt Dr. Brüdigam in Düsseldorf.

London, 5. Oktober. (W.B.) Der Kölner Sonderberichterstatter der „Times“ schreibt, die Einwohner von Düsseldorf, die allen falschen Darstellungen entgegen allgemein der Ansicht seien, daß die Polizei bei dem am letzten Sonntag stattgefundenen Zusammenstoß unter äußerster Provokation mit Zurückhaltung und Korrektheit gehandelt habe, seien über die von den Franzosen gegen die Herren Heas, Höfer, Bollenberg, Angel und Bogt erhobene Beschuldigung des Mordversuchs entsetzt. Diese Ansicht werde sogar von den Sonderbündlern geteilt, die die ganze Sache gesehen haben. Ueberall werde der unermessliche Vergleich mit dem Krupp-Prozess gezogen, wo, nachdem französische Soldaten ein Dutzend Arbeiter toteschossen und so viele andere verwundet hatten, fünf Direktoren der Firma zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Kein Mensch glaube, daß dies irgend etwas anders gewesen sei als ein politischer Schachzug, um die Franzosen in den Augen der Welt von der Verantwortung für den Tod der Arbeiter reinzuwaschen. Man fürchte, daß jetzt gegen diese fünf Düsseldorfherren gütlich vorgegangen werde, um die Last der Verantwortung für die furchtbaren Folgen der separatistischen Kundgebung vom letzten Sonntag von den französischen auf deutsche Schultern zu wälzen.

Diese Befürchtung werde durch neue drakonische Maßnahmen vermehrt. Die Franzosen zwangen vorgestern jede Düsseldorfher Zeitung, den französischen Bericht über die Ereignisse vom Sonntag an hervorragender Stelle auf der Vorderseite zu veröffentlichen. In dieser französischen Mitteilung wurden die Sonderbündler mit dem Titel „Reinlandsverteidiger“ geehrt. Der Berichterstatter erzählt aus Düsseldorf, daß Manhes dort eine neue separatistische Kundgebung für den nächsten Sonntag plane. Er habe sich am Dienstag nach Koblenz begeben, wo er von dem französischen Oberkommissar Lirard empfangen wurde, dem er eine lange Liste von Forderungen unterbreitete, namentlich Befehlsgewalt über Feuerwaffen der blauen Polizei im besetzten Gebiet und Auflösung der noch übrigen grünen Polizei. Dies hätten die Franzosen denn auch getan. Wenn einmal Manhes die Entlassung der Polizei erreichte, so werde die Bevölkerung der Gnade seiner „Sturmtruppen“ ausgeliefert sein. Inzwischen seien Separatisten einer anderen Art befreit, von den Franzosen einen Anteil an der reichen Beute zu fordern, die, wie sie erwarteten, das Rheinland in etwa einer Woche werden würde.

## Mussolini für die Ruhrpolitik.

Paris, 5. Oktober. Einem Vertreter des „Echo de Paris“ gegenüber hat Mussolini längere Erklärungen über die Entwicklung des Faschismus, des Problems von Trieste, der Ruhrpolitik Poincarés und über mehrere andere politische Fragen abgegeben. Ueber die französische Politik Deutschland gegenüber erklärte Mussolini mündlich: „Frankreich hat soeben an der Ruhr einen unbefriedigenden moralischen Sieg davongetragen und Poincaré einen großen Erfolg. Er hatte die Einstellung des passiven Widerstandes bedingungslos

lange aktuell bleiben. Verdorbenheit ist ein schmerzhafte Uebel. Hiermit glaube ich Punkt 1 ebenfalls erledigt zu haben.“

Die gestrige Vorstellung in der „Tribüne“ war registriert ein Meisterstück. Emil Geyer machte aus der biffigen Komödie einen lustigen Kabarettstück. Es wurde aus dem Zuschauerraum heraus gespielt und das englische Stück auf Berliner und heutige Verhältnisse zugeschnitten. Ueberhaupt wurde mit entzückender Sorglosigkeit und ohne Ehrfurcht vor dem Dichtwerk zugehört und gefächelt. Die veralberten Theaterkritiker, von Trotter und Vaughan dargestellt, belamen die Masken bekannter Männer. Der unerschämte oberflächliche Kritiker Hannal legte Kurt Gök mit hinreißender Homidigkeit hin, jeder Zoll ein Enob. Paul Morgan war der hypermoderne Vertreter der Kunststimmung. „Der Krampf“, er löste mit seinen überjapanen Debuktionen schallende Hysterie aus. Ilka Grünig, Peter Haas, Hadrian K. Netto und Jakob Liedtke schafften ebenso lustige Figuren wie die übrigen. Die Regie hat nichts ernst genommen. Während einer ersten Stelle der Komödie ließ sie ein Harmonium ertönen, so daß hier aus dem Lustspiel ein Melodrama wurde. Ich habe selten eine so übermütige Stimmung im Theater aufkommen sehen wie bei der gestrigen Premiere. Ernst Deymer.

## Ode an Strefemann.

Nachdem Reichskanzler Dr. Strefemann bis tief in die Nacht gestern gearbeitet hat, hat er sich heute morgen durch einen ausdauernden Speisergang in dem schönen alten Park der Reichskanzlei erfrischt und sich dann zurückgezogen, um in Ruhe die Wege zur Lösung jeder neuen schwierigen Aufgabe zu überlegen.“ (T. S. A. M.)

Ich möchte nicht des Reiches Kanzler sein,  
Den Kopf voll Sorgen wie der Aff voll Dünne!  
Ich stüchte in mein innerstes Gehäuf,  
Im dunkeln Dickicht sinne ich allein.

Soll ich dem Volke wohl die Wahrheit sagen?  
Ich spräche schlicht und klar: „Wir sind bankrott.“  
Wer wollte zweifeln? Aber, großer Gott,  
So etwas darf man heutzutage nicht wagen.

Wie gerne wär ich heimlich abgedrammt  
Gleich August. („Nacht eueren Dreck alleine.“)  
Doch — weh — man packt mich an die Hammelbeene  
Und schleift zurück mich in mein hohes Amt!

Herr Stinnes. . . ach, nun wird mir plötzlich schätz!  
Warum entweichst den Wangen alle Nöte?  
Wo bleibst mein Wille? Ich, ich fühl mit Goethe:  
„Wie ich beharre, bin ich Anecht.“

Wig von Lindenfeld.

gefordert und hat sie durchgesetzt. Ich bin sehr erfreut über dieses Ergebnis. Ich hatte immer darauf hingewiesen, daß der passive Widerstand unnütz sei. Gläubten vielleicht die Deutschen an eine Intervention? Von welcher Seite denn? Von der Seite Russlands? Russland ist unfähig, sich außerhalb seiner Grenzen zu schlagen. Oder etwa von der Seite Amerikas oder Englands? Deutschland, das keine Armeen hat, hat auch nicht die Mittel und deshalb keine Gründe, Widerstand zu leisten. (1) Man leistet Widerstand nur, wenn man stark genug ist. Was die Reparationen anbetrifft, so hat sich meiner Ansicht nach nichts geändert. Dieses Problem ist eng mit demjenigen der Regelung der Schuldenfrage verbunden. Wir können uns Deutschland gegenüber nur in dem Maße entgegenkommend zeigen, als unsere Schuldner es uns gegenüber sein werden. Jede andere Ansicht ist unannehmbar. Die Aufgabe oder eine starke Einschränkung unserer Schulden kann uns allein autorisieren, eine Einschränkung unseres deutschen Guthabens vorzunehmen.“

## Französische Beteiligungspläne.

Paris, 5. Oktober. (W.B.) Der Berichterstatter des „Journal des Debats“ im Ruhrgebiet setzt sich heute mit der Frage der Kohlensteuer auseinander. Er stellt fest, daß die deutsche Großindustrie seit einigen Tagen diese Steuer lebhaft denn je befehle. Der Korrespondent hält es für geboten, daß Frankreich eine Beteiligung an den deutschen industriellen Werken, wie ursprünglich geplant, von neuem in Betracht zieht, da sie den größten Vorteil bieten, den Ruhrmagnaten eine gewisse Ruhepause zu verschaffen und Frankreich seine künftige Einnahmen sicherzustellen.

## „Großbritannien ist stumm“.

London, 5. Oktober. (W.B.) „Times“ zufolge ist die Kritik an der Haltung Englands im Lande selbst im Wachen begriffen. Sie geht dahin, daß die britische Regierung gar keine Außenpolitik betreiben habe, daß sie tatsächlich verlorde, zwei unvereinbare Stellungen aufrechtzuerhalten, daß die Hoffnung auf freundschaftliche Beziehungen zum französischen Ministerpräsidenten noch in keiner Weise die Lösung der zwischen England und Frankreich bestehenden Streitpunkte gefordert habe und daß man Europa immer weiter in das Chaos fallen lasse, ohne daß von Seiten Englands der geringste Versuch gemacht werde, durch seinen allein unabhängigen Einfluß diese Entwicklung aufzuhalten.

„Daily Chronicle“ meint, die zentrale Regierung in Deutschland brauche zusammen, die Republik kämpfe um ihren Bestand und die Tage der parlamentarischen Regierung könnten gezählt sein. Dies berühre das gemeinsame Leben Europas. Die britischen Minister hätten bisher nichts gesagt. Curzon werde, wie es heißt, auf der Reichstagsferenz den Versuch machen, die Absichten der Regierung darzulegen; aber so tief sei jetzt der britische Einfluß gesunken, daß niemand in Europa viel Interesse daran habe, was die britische Regierung sage. „Daily Chronicle“ schließt Großbritannien ist stumm, während sich die Tragödie Europas abspielt.

## Russisch-finnischer Konflikt.

Helsingfors, 5. Oktober. (W.B.) Wegen der Ermordung des stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Grenzkontrollkommission, Lamrow, und der tödlichen Verwundung eines Mitgliedes der Kommission durch estländische Flüchtlinge am 24. September hat der finnische Vertreter Senatstrustands der finnischen Regierung die Forderungen unterbreitet, eine Schadensersatzgarantie von 30 000 Goldrubeln zu stellen und ein besonderes Komitee zur Ermittlung der Täter einzusetzen. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderungen werde Rußland entscheidende Maßnahmen ergreifen. Hierauf hat der Minister des Äußeren geantwortet, daß Finnland, da der Mord auf russischem Gebiet und von russischen Unterthanen verübt worden sei, weder völkerrechtlich noch vertragsmäßig dafür verantwortlich gemacht werden könne.

Lloyd George fährt als Privatmann nach Amerika, soll aber von dem Interkontinental William Philipps im Namen der Regierung begrüßt werden.

Fischers Wiederkehr. Von der Weser wird geschrieben: Lang ist es her, daß der einzig rein deutsche Strom, die Weser, auf ihrem Ufer so große und viele Fische trug. Es gibt schon, in die Zeit des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts zurückzuwandern und damalige Bilder vor Augen zu führen. Bewaltige Baumstämme, kunstvoll geschnitten und verfertigt, schwimmen auf dem Strom, von sicherer Hand geführt. Ein Häuflein, in dem der Fischer mit seinen Leuten, oft auch mit seiner Familie wohnt, ist aufgelegt, und von seinem kleinen Mast flattert ein Fähnlein. Mit Menschenkraft wird gearbeitet, wo die Strömung nicht ausreicht. Lange Stangen dienen zum Abstoßen, hier und da müssen Leute an Land, nehmen das Faggart um und ziehen die schwimmende Last. Besondere Fische werden zu diesem Zwecke längs der Flüsse. An der Soole und Elbe beispielsweise führen sie den Namen „Treidelpfad“. So kamen auf der Soole die Bäume zum Fischereiberge herab und zogen der Elbe zu, so trug die Werra die Stämme vom Thüringer Walde und der Ahar abwärts ins norddeutsche Tiefland, bis sich der Güterverkehr der Eisenbahn billiger stellte als der mühsame waldentleerte Wasserweg.

Die Elbfischereiamten haben nun solche Höhe angenommen, daß der Fische in der Werra, der fast ausgeföhren war, wieder Herr der Landfische wird, nur in Konkurrenz mit dem Kraftwagen, und auch der Fischer ist wieder da. In nichts hat sich das Bild von damals geändert. Nur dann und wann sieht ein Wanderer darauf und schon die Sandalen, das gab es einstmals nicht zu sehen.

Ausbaggerungen der Werra und ein ziemlich hoher Wasserstand begünstigen die Wiederkehr der alten Zeit. Dieser Tage kamen nicht weniger als zehn Holzflöße die Werra abwärts in die Weser, der, nachdem „Siffon“-Schlag und hohe Kohlenpreise den Dampfverkehr zum Einstellen brachten, ein geradezu romantisches Gebräde gegeben ist. Stannend blühen die sich bunt strebenden Bergwälder und die gebirgigen Burgen auf den Strom herab.

Volksbühne e. V. Et. Cohn-Miener bricht auf Einladung der Volksbühne am Sonnabend, 6. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Hofaal des Rathauses in dem Museum 8, Weing. Ueberbr. Straße 7a, über das Thema: „Der Künstler und der Film“.

Die Galerie Dr. Goldschmidt-Dr. Wallerstein. Schauerer über die, zeigt in diesem Monat eine Ausstellung von Aquarellen und Zeichnungen von C. R. R. R. R.

Die Galerie Dr. Groß & Co. in der Fürstendamm 170, eröffnet ihre Herbstsalon mit einer Sonderausstellung von Werken von Bernhard Hoeller, Weimarer.

In der Oktober-Ausstellung des Sturm, Potsdamer Str. 11a, werden Gemälde und Skulpturen von Hans Reiss gezeigt. Außerdem sind zum ersten Male folgende Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen von Bürger-Müller, Hans Giffenmacher und Edmund Kelling ausgestellt.

Franko-Malaria-Epidemie in Rußland. Nach einer Mitteilung des Volkskommissariats der Gesundheitswesen sind in ganz Rußland in den letzten beiden Monaten dieses Jahres ca. 1 1/2 Millionen Personen an Malaria erkrankt. Das Volkskommissariat hofft, daß die Ausbreitung der Epidemie zurückgehalten wird, da die Arzneimittel zur Bekämpfung der Krankheit jetzt in genügenden Mengen aus dem Ausland eingeführt sind.



## Das Gesundheitswesen in Preußen.

Der von Prof. Dietrich im Verlag Richard Schoch, Berlin (Preis: Grundzahl 2,40 M.), soeben herausgegebene „Bericht über das Gesundheitswesen des Preussischen Staates im Jahre 1921“ umfaßt, wie in Friedenszeiten, nur ein Berichtsjahr und gestattet deshalb einen Vergleich mit dem letzten Friedensjahre 1913.

Die Einwohnerzahl Preußens hat sich durch Geburtenrückgang und den Geburtenrückgang von rund 41 Millionen auf rund 38 Millionen verringert. Die Zahl der Lebendgeborenen auf tausend der mittleren Bevölkerung betrug 1913 26,2 Promille, 1917 als niedrigste Zahl der Dekade 14,4 Promille und hat im Berichtsjahr 24,8 Promille wieder erreicht, nachdem sie 1920 auf 25,7 Promille gestiegen war. Nach den von anderen Seiten vorliegenden Berichten ist sie seither ständig im Sinken. Die Zahl der Eheschließungen ist gegen Friedenszeit noch stark erhöht, 1913 7,77 Promille, 1921 12,08 Promille der mittleren Bevölkerung. Die Sterblichkeit ist weiter gesunken und geringer als je in Friedenszeiten. Ursache ist die Geburtenabnahme und das vermehrte Absterben der Kranken während des Krieges. Zum Vergleich einige Zahlen: 1913 14,90 Promille, 1921 13,84 Promille. Höchste Sterblichkeitsziffer während des Krieges mit Einschluß der Soldaten 1918 25,06 Promille.

Der nächste Abschnitt unterrichtet uns über die erfreulich großen Fortschritte im Ausbau des Fürsorgewesens. Die geringste Säuglingssterblichkeit z. B. hatte der Regierungsbezirk Aachen, die größte der Regierungsbezirk Opperla. Die Zahlen verhalten sich wie 1:3. Sie zeigen uns die schon lange bekannte Tatsache, auf die nicht oft genug hingewiesen werden kann, von welchem Einfluß die materielle Lage und die Höhe des Kulturzustandes einer Bevölkerung auf die Säuglingssterblichkeit ist. Aus der Schulfürsorge ist zu berichten, daß von den schulpflichtigen Kindern im Jahre 1913 8,3 Promille, 1919 17,2 Promille, 1920 24,0 Promille und im Berichtsjahr 1921 29,0 Promille als tuberkulös befunden wurden. Also eine ganz verheerende Zunahme der Tuberkulose unter der heranwachsenden Jugend! An die alte Bureaucratie erinnert noch die Mitteilung, daß in Solingen ein Elternteil im Einvernehmen mit dem Hauptlehrer, aber ohne das vorgeschriebene Befragen des beamteten Arztes die Schule wegen Krätze schloß.

Aus dem Bericht über Kinderarbeit ergibt sich allgemein, daß Kinder fast überall in Betrieben beschäftigt werden, angeblich nur mit leichten Arbeiten. Die gute Ernährung, wird berichtet, soll bei der Landwirtschaft die körperliche Ueberanstrengung trotzdem manchmal aufwiegen. Im Kreise Stormarn wurden 22 Gastwirte bestraft, weil sie Kinder mit Nachtarbeit beschäftigten.

Von den Krankheiten wollen wir nur die wichtigsten herausheben: Die Tuberkulosesterblichkeit ist die günstigste, die jemals erreicht wurde. Es starben 1913 auf 10.000 Einwohner 13,65, 1916 15,76, 1917 20,52, 1918 32,00, 1919 21,86, 1920 16,3 Proz. Bei der Abnahme der Sterblichkeit keinen Schluß auf die Zahl der Erkrankungen zu, die wie wir allgemein wissen, durch die außerordentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der breiten Massen stark zugenommen hat. — Die Geschlechtskrankheiten scheinen wieder zurückzugehen. Zahlen werden im Buche nicht gegeben. Es muß hinzugefügt werden, daß der Besuch aller Fürsorgestellen stärker wurde, wenn derselbst auch eine Behandlung stattfand. Denn der Patient verliert durch Trennung von Untersuchung und Behandlung die doppelte Zeit.

Eines der wichtigsten Kapitel der sozialen Hygiene ist die Prostitution. In ganz Preußen standen 1921 14.726 Frauen unter Kontrolle, davon 4.771 in Berlin. Schon diese verhältnismäßig geringe Zahl allein ist das beste Argument gegen den öffentlichen Nutzen der Reglementierung, deren Fortbestehen durch Verhinderung des Ganges zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von Seiten des Reichsrates versucht wird.

Im Bericht über Wohnungen wird über mangelhafte Pflege von Seiten der Vermieter und Mieter gellagt. Durch die Wohnungsnot mußten die unhygienischsten Räume bezogen werden. Auf dem Lande soll in manchen Gegenden durch Neubauten die Wohnungsnot behoben sein. Im Kreise Wolfshagen sollen Wohnungen, die von der Bahn abgelegen sind, freistehen. In einem Dorfe im Kreise Bublitz haben Hausbesitzer, um der Zwangseinkaufssteuer zu entgehen, Wohnungen absichtlich demoliert.

Aus dem Abschnitt über Gewerbehygiene ist zu entnehmen, daß häufig Räume, die in jeder Hinsicht als Arbeitsstätten ungeeignet sind, verwendet wurden bzw. verwendet werden sollten. In dem Abschnitt über Arbeitszeit wird bemerkt, daß sich die Arbeitnehmer zu Ueberstunden als besser bezahlte Arbeitsstunden drängen und vielfach anderweitig Ueberarbeit suchten. — Bei den Unfällen in Betrieben wird auf die großen Gefahren der Runkelkornzerlegung hingewiesen. — Die Wohlfahrts-einrichtungen für die Arbeiter und Angehörigen wurden weiter ausgebaut.

Alles in allem gibt uns der Bericht ein klares Bild über die Lage des Gesundheitswesens in Preußen. Er gestattet auch dem Laien, besonders dem Arbeitersekretär, sich über die einschlägigen Fragen zu informieren. Es ist nur zu bedauern, daß nicht schon die Ueberzählzahlen, die von den statistischen Ämtern herausgegeben werden und sich auf die Jahre 1922 und erste Hälfte 1923 beziehen, kurz zum Vergleich herbeigezogen wurden.

## Sparpolitik und Reichswanderungsamt.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Wozu werden eigentlich die Reichswanderungsämter geschaffen, wenn die Behörden sie nicht beachten und befolgen? So mag das Reichswanderungsamt nicht den geringsten Versuch, den Reichstagsbeschlüssen auf Abbau überflüssiger Ämter nachzukommen, obwohl gerade bei dieser Reichsstelle ein Abbau geboten wäre. Aber der Präsident des Reichswanderungsamtes, ein Agt. pruzischer Landrat von ehedem, bemüht sich, immer mehr festen Boden zu finden und auf Reichskosten sich und seinem Beamtenstand ein gemütliches Heim zu sichern. Schon vor zwei Jahren wollte ihm das Auswärtige Amt dabei behilflich sein und eine seiner Abteilungen dem Wanderungsamt angliedern. Der seine Dienstadt zum Glück vom Reichstag durchschaut und durchkreuzt hat, war der Abbau überflüssiger Behörden dringender nötig als jetzt. Ist, soll derselbe Spiel von neuem begonnen werden. Dabei wäre das einzig Richtige, daß das Auswärtige Amt in der Bekämpfung des Reichswanderungsamtes wieder übernimmt wie in der Vorkriegszeit, wo ein Referent das gesamte Auswanderungswesen beherrschte. Nicht Abbau, sondern Ausbau des Reichswanderungsamtes liegt im Interesse des Reiches und seiner Steuerzahler. Dem Ehrgeiz des Präsidenten dieses Amtes muß daher gestoppt und der dem Reichstag beschlossene Abbau dieser Behörde endlich in die Wege geleitet werden.

Die Anstaltsgruppen sind abgezogen — aus Konstantinopel nämlich, das nächste von den Türken wieder besetzt wird.

## Erwerbslosen-Entlastung.

Was die Erwerbslosen und die aus öffentlichen Mitteln unterstützten Kurzarbeiter mit einigen wenigen Ausnahmen, wie sie auf allen Gebieten zu finden sind, schließlich wünschenswert, ist ausreichende Arbeit und ausreichende Bezahlung. Wer frivol behauptet, daß die Erwerbslosen zu viel Unterstützung erhalten, der soll doch einmal selbst versuchen von dieser Unterstützung zu leben. Er kann ruhig noch hundert Millionen wöchentlich nebenbei verdienen und wird trotzdem, wenn er einen eigenen Hausstand hat, seinen Verpflichtungen nicht nachkommen können. (Der „Vorwärts“ hat vor kurzem eine beachtenswerte Tabelle aus der Feder eines Erwerbslosen veröffentlicht.) Der verheiratete Erwerbslose mußte am 1. Oktober rund 100 Millionen Rente für eine Zweizimmerwohnung und eben so viel weniger Tage vorher für die Gaststube bezahlen. Allein diese beiden Ausgaben treffen zwei Drittel der Unterstützung für die erste Oktoberwoche auf. Ist nicht nach dieser Richtung hin eine Entlastung der Erwerbslosen und auch sonstiger Rinderbemittelten durch Belastung der Gut- und Schwerverdiener möglich? Es kann nicht immer alles aus dem großen, manchmal so leeren Topf des Reiches, der Landesregierungen und der Gemeinden kommen. Unsere außergewöhnlichen Zeiten lassen auch die außergeräthlichen Maßnahmen geboten erscheinen, von den Begünstigten mit ausreichendem Einkommen ein Zwangsscheitern für Arbeitslose und andere Rinderbemittelte zu fordern. Das wäre bei der Rente und beim Gasverbrauch schon der Anfang zu der bereits mehrmals angeratenen Staffellung nach sozialen Gesichtspunkten. Man könnte natürlich nicht verlangen, daß im einzelnen Hause die Schwerverdiener zwangsweise zu den Kosten der Unbemittelten beitragen. Das würde zu allerlei neuen Ungleichheiten führen und auch hauptsächlich die Bewohner der Arbeiterviertel treffen, während die Stadtviertel der wohlhabendsten Klassen verschont bleiben. Die Sache wäre aber mit einem Sozialzuschlag zur Rente zu machen, den alle Rinderbemittelten natürlich nicht zu bezahlen haben. Der Zuschlag wird von der Gemeinde abgeführt, die ihrerseits die für besondere Berücksichtigung in Betracht kommenden Arbeitslosen und andere Rinderbemittelte bezuschußt, also von Rente, Gaskosten und ähnlichem teilweise entlastet. Das ist nur der Rohbau eines Vorschlages, der allen maßgebenden Instanzen zur schnellsten Erwägung empfohlen sei. Hohe Unkosten im Beamtenapparat dürfen selbstredend nicht entstehen, alles überflüssige Schreibwerk muß vermieden werden. Der Zuschlag für die Allgemeinheit könnte zunächst ziemlich gering sein, da viele Wenig ein Ziel machen.

## Nur Teilbetrieb bei der Hochbahn.

Mit Beginn des heutigen Tages ist ein Teilbetrieb beim Kraftwerk Unterspree der Hochbahngesellschaft ausgebrochen. Die Strecken Spittelmarkt-Nordring und Zoo-Station können daher nicht befahren werden, während der Verkehr auf der Strecke Zoo-Spittelmarkt und auf der Schöneberger und Wilmersdorfer Bahn aufrechterhalten bleibt. Auch die Nord-Südbahn ist im Betrieb. Die Folgen der BetriebsEinstellung machten sich im Frühverkehrsverkehr sehr stark bemerkbar. Ein starker Ansturm legte auf die Straßenbahn ein, die nicht im entferntesten in der Lage war, den Anforderungen zu genügen. Viele mußten den oft weiten Weg zu ihren Arbeitsstätten zu Fuß zurücklegen.

## Weil er keine Arbeit fand.

### Der Einbruch in das Wilhelm-Palais Unter den Linden.

Die aufsehenerregenden Einbrüche in das Palais Wilhelms I. unterliegen gestern der Beurteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Wie erinnerlich war am 22. Juni dieses Jahres ein Einbruch in das Palais erfolgt, dem wenige Wochen später ein zweiter folgte. Als Täter wurde bald darauf der 20jährige Hausdiener Paul Westhufe ermittelt, der sich nunmehr mit einer Reihe von Personen, die wegen Hehlerei und Begünstigung mitangeklagt sind, zu verantworten hat. Westhufe war geständig, er behauptete, daß er durch die Tat zu dem Diebstahl veranlaßt worden sei.

Nachdem er wegen Diebstahls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, für welche Strafe er aber Bewährungsstrafe erhalten hatte, habe er nirgends mehr Arbeit gefunden. Überall, wo er sich um eine Stellung bewarb, habe man bei seiner früheren Firma Auskunft gehabt und da diese abgelehnt wurde, sei es ihm nicht gelungen, irgendwo unterzukommen. Bei einer Besichtigung des Palais sei er zu der Idee gekommen, dort einen Diebstahl zu begehen. Am nächsten Tage ist der Angeklagte während der Belustigung wieder in das Palais gegangen, hat sich unter einer Wendeltreppe versteckt und ist dann spät abends, als alles still war, zunächst in das Bibliothekszimmer eingedrungen, wo er sich mehrere Gegenstände aueignete. Von dort drang er durch eine Nebenür in das Schlafzimmer Wilhelms I. Er entwendete hier einen Ehrenorden, von dem er den wertvollen Handschuh abnahm, außerdem nahm er aus einer Kommode eine Uhrkette und die Altargeräte für die Kapelle im Schloß, ferner mehrere Silbertrichter und andere Gegenstände, die er für Gold hielt. Dann schlug er ein Fenster ein und stieg aus dem Palais. Den Raub brachte er in die Wohnung seiner Mutter. Am nächsten Tage erbeute er aber eine bittere Enttäuschung. Als er in der Schönhauser Allee sich an verschiedene Schlier wandte, wurde ihm bedeutet, daß es sich bei den angegebenen Gegenständen nicht um Gold handelte, sondern um vergoldete Bronze. Die Hehler lebten auch den Verkauf ab, weil es eine zu „heiße“ Ware sei. Als er nach einiger Zeit infolge von Geldschmuck in Geldverlegenheit geriet, entschloß er sich, noch einmal einen Einbruch in das Palais zu unternehmen. Am 18. Juni stieg er in der Abendstunde während eines starken Gewitterregens von der Opernhause auf den Balkon und drang durch Einschlagen eines Fensters in das Schlafzimmer ein. Hier stahl er sechs verschiedene Gegenstände, darunter eine Standuhr, eine Bronzefigur, mehrere Briefschwerer, Tintenflasken und andere Sachen aus Bronze, Porzellan undarmor. Hieron verkaufte er an einen Urmacher Merlin die Bronzefigur für 100.000 M. Der Angeklagte hat dann von dem Weiterverkauf Abstand genommen und will die ihm einige Zeit später weniger wertvoll erscheinenden Gegenstände aus dem ersten Einbruch in die Altardecke gehüllt und in die Spree geworfen haben. Den Rest versuchte er vergeblich in der Schönhauser Straße loszuwerden. Als ihm das nicht gelang, gab er die Diebesbeute, die er in einen alten Sack gepackt hatte, in einer Gastwirtschaft in der Rudolfstraße ab. Das Gericht verurteilte dem Angeklagten Weisung milderende Umstände. Von einer Rottage könne keine Rede sein. Er habe die Einbrüche mehr aus Gier nach Geld zu seinem Wohlfühlen verübt. Die Strafe lautete auf zwei Jahre Zuchthaus wegen schweren Diebstahls, drei Jahre Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Bei den anderen Angeklagten hielt das Gericht keinerlei Schuld für erwiesen und erkannte auf Freisprechung, dagegen erhielt Merlin wegen Hehlerei eine Woche Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde.

## Keine Goldmiete für Untermieter.

Von zahlreichen Seiten kommen Beschwerden, daß Untermieter von ihren Untermietern die Goldmiete fordern. Schon für ganz einfache möblierte Zimmer werden 20 Goldmark, das ist fast eine Milliarde, verlangt. Was das ist unzulässig und lang als Mietminderer betrachtet werden. Nach wie vor unterliegen auch die Untermieter den Bestimmungen des Reichsmin-

gesetzes. Wer sich überdies glaubt, kann Festsetzung der Miete durch das Mietvertragsamt beantragen. Da die Untermieter nach den Beträgen berechnet wird, die Vermieter für den Zeitraum einschließlich aller anteiligen Umlagen zahlen, erscheint jetzt bei dem Zweieinhalbmillionsfachen der Grundmiete der Zuschlag von 150, 250 oder 500 Prozent für Ueberlastung und Uebernutzung der Zimmereinrichtung übermäßig hoch. Der Magistrat hat früher schon einmal eine Herabsetzung dieser Zuschläge vorgenommen.

## Neue Postgebühren ab 10. Oktober.

Ab 10. Oktober sind die Postgebühren im Postverkehr wie folgt festgesetzt worden: Postkarten im Ortsverkehr 1 Million, im Fernverkehr 2 Millionen, Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2 Millionen, von 20 bis 100 Gramm 3 Millionen, von 100 bis 250 Gramm 5 Millionen und von 250 bis 500 Gramm 6 Millionen. Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 5 Millionen, von 20 bis 100 Gramm 7 Millionen, von 100 bis 250 Gramm 8 Millionen und von 250 bis 500 Gramm 9 Millionen. Für Pakete bis 3 Kilogramm müssen in der 1. bis 3. Zone 12 bis 24 Millionen bezahlt werden. Schwerere Sendungen kosten entsprechend mehr. Für Postanweisungen sind folgende Sätze festgesetzt: bis 50 Millionen 1 Million, über 50 bis 100 Millionen 2 Millionen, 100 bis 500 Millionen 5 Millionen, 500 bis 1000 Millionen 7 Millionen, 1000 bis 2000 Millionen 10 Millionen, 2000 bis 3000 Millionen 12 Millionen, 3000 bis 5000 Millionen 15 Millionen, 5000 Millionen bis 7500 Millionen 18 Millionen und 7500 bis 10.000 Millionen 20 Millionen Mark. Für Rohrpostsendungen beträgt das Porto, wenn der Aufgabensort und Bestimmungsort innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühren von Groß-Berlin liegt, für die Rohrpostkarte 12 Millionen, für den Rohrpostbrief 14 Millionen Mark. Liegt der Aufgabensort oder Bestimmungsort außerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühren von Groß-Berlin, so auch die Rohrpostkarte mit 13 Millionen und der Rohrpostbrief mit 17 Millionen Mark frankiert werden. Die Auslandsgebühren betragen für eine Postkarte 9 Millionen, jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei 7 Millionen Mark. Briefe bis 20 Gramm sind mit 15 Millionen Mark zu frankieren. Jede weiteren 20 Gramm (Weichtgewicht 2 Milligramm) kosten 7 1/2 Millionen Mark. Das Druckporto beträgt für je 50 Gramm 3 Millionen Mark.

## Die Billionengeschäfte des 22-jährigen.

### Auch ein Großkaufmann.

Wegen verschiedener Kontursverbrechen, Schwindelacten und Betrügereien wurde von der Berliner Kriminalpolizei der 22 Jahre alte „Großkaufmann“ Fritz Hübner aus Breslau festgenommen. Der junge Mann hatte es durch betrügerische Handlungen fertiggebracht, Billionenwerte an sich zu bringen. Zunächst hatte er Breslau heimgeführt und flüchtete dann, als er wegen Kontursverbrechen eingesperrt werden sollte. Von Breslau kam er nach Berlin, wo er in der Martin-Luther-Straße sofort eine neue Firma gründete. Diese neue Firma nannte er M. Otto, Wehmarengroßhandlung. Er legte sich mit großen Firmen in Verbindung, machte große Einkäufe und entnahm die Ware entweder auf Kredit oder beschloß mit Scheds, für die keine Deckung vorhanden waren. Die Waren selbst machte er schätznicht zu Geld und lebte davon auf großen Fuß. Ganze Pastas aus voll Stoffen, Seidenstrümpfen usw. hatte er in kurzer Zeit zusammengekauft. Seine Feiern, die er ausgab, waren stets gut. Wie später festgestellt werden konnte, waren sie jedoch von ihm selbst geschrieben worden. Bevor er jedoch auch den Berliner Staub von seinen Füßen schütteln konnte, war ihm die Kriminalpolizei auf die Spur und brachte ihn hinter Schloß und Riegel.

## Markenbrot 34 Millionen.

Der Brotpreis steigt unentwegt weiter. Das Markenbrot wird in der nächsten Woche 34 Millionen Mark kosten. Auch der Preis für markenfreies Gebäck erhöht sich wieder. Er ist für ein markenfreies Brot mit Wirkung vom Sonnabend, dem 6. Oktober, ab auf 44 Millionen Mark, für die markenfreie Schrippe auf 1,9 Millionen Mark festgesetzt worden.

Der neue Berliner Zentralflyghafen auf dem Tempelhofer Feld wird von den beiden deutschen Luftverkehrs-Gesellschaften, dem deutschen Aero-Flond und den Junkers-Verken, Abteilung Luftverkehr, im Einverständnis mit den zuständigen Behörden am Montag, dem 8. Oktober, für den planmäßigen Luftverkehr auf den Strecken Berlin-Weipzig-München und Berlin-Danzig-Königsberg in Betrieb genommen. Da sich die Fertigstellung der Flugplatzanlagen verzögert hat, wird von der in Aussicht genommenen Einweihungsfeierlichkeit abgesehen. Der Flughafen steht bis auf weiteres nur zu dem oben erwähnten Zweck zur Verfügung und wird erst im Frühjahr 1924 der Öffentlichkeit übergeben. Die Flugzeuge der Strecke Berlin-Hamburg-Amsterdam-London verkehren vorläufig noch wie bisher vom Flugplatz Staaken.

Eine Flasche Sekt 1 1/2 Milliarden Mark! Zwei Beamte der Polizeibehörde Zentrum, die sich auf einem Streifen befanden, riefen nachts gegen 1 1/2 Uhr das Ueberfallkommando Moritzplatz nach dem Hause Hollmannstr. 24. Dort hatten die beiden Beamten sich durch Schloß in die Privatwohnung der Frau Blumenhuber einführen lassen und einen Raubdiebstahl verübt. Als die Beamten die Wohnung ausgeben wollten, stießen sie auf Widerstand und wurden bedroht, so daß sie das Ueberfallkommando alarmieren mußten. Eine Flasche Sekt wurde für 1,75 Milliarden Mark verkauft.

## Neues Erdbeben in Japan.

Ein neues Erdbeben hat sich in Tokio ereignet. Die Einwohner waren gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen. Die Erschütterungen wurden sogar in Osaka verspürt. — Eine weitere Meldung aus Tokio besagt, daß ein sehr schwerer Erdstoß am 24. Uhr nachts am 4. Oktober Tokio und die Umgebung heimgesucht habe. Der neue Erdstoß hat eine Panik unter den Einwohnern hervorgerufen.

Nach dem Ueberlebenden in der Grube von Jallik? Wie aus Jallik (Schottland) gemeldet wird, hat man bei der gestern früh erfolgten Rettung der fünf Ueberlebenden der Katastrophe auf der Kohlengrube Colding Beweise dafür gefunden, daß außerdem noch drei weitere eingeschlossene Bergleute am Leben sind. Eine Bergungsaktion für sie ist sofort begonnen worden, doch wird diese leider wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

## Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ueberwiegend trübe, ziemlich milde, leichte Regenfälle, mögliche Ueberfälle bis westliche Winde.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis Kreuzberg: Bildungsaustritt: Sonntag, Sonntag 10 Uhr, treffen sich die Abteilungsleiter beim Gasthof „Der Kaiser“ am Nordring. 5. Okt.: 7 1/2 Uhr bei Sebler, Gorastr. 36, Funktionärstagung. Motivationsgabe, 20 Okt.: 7 Uhr wichtige Funktionärstagung bei Rahnke, Garmen-Garten-Str. 123, Jungsozialisten. Die für Sonnabend angelegte Sekretärsanstellung, muß wegen plötzlicher Verhinderung des Referenten ausfallen.

## Jugendveranstaltungen.

Engerer Bezirksverband, Sonnabend 5 Uhr, Bezirksverband 7 1/2 Uhr und Bezirksverband 8 Uhr, wichtige Sitzung im Besprechungszimmer des Jugendzentrums. Alle Mitglieder müssen erscheinen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Zweierlei Recht.

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Das Gewerbegericht ist in erster Linie dazu da, die Arbeitskraft vor strapazierender Ausbeutung zu schützen. Eine Reihe Gesetze sind dem Gewerbebericht gegeben, die er zu diesem Zweck benutzen soll, damit nicht rein formell juristisch entschieden wird, sondern damit auch das soziale Moment in die Arbeitsgerichtsbarkeit getragen wird. Dem Arbeiter und kaufmännischen Angestellten aber ist nur geholfen, wenn er schnell zu seinem Recht, zu seinem Geld kommt. Deshalb entscheidet das Kaufmanns- und Gewerbegericht bis zu 300 Goldmark endgültig, d. h. diese Urteile sind bis zu dieser Höhe unanfechtbar.

Was machen nun einige Richter? Sie verbinden mehrere Klagen lebendig, weil das Gericht dadurch einige Schreibarbeit erspart. Dadurch werden die Kläger nicht nur geschädigt, sondern das Kaufmanns- und Gewerbegericht außer Kraft gesetzt, denn diese Urteile werden berufsungsfähig. Es muß unter allen Umständen dahin gewirkt werden, daß die Verbindung mehrerer Klagen nur mit Zustimmung der Parteien erfolgen kann. Das wäre eigentlich selbstverständlich.

Das tolle aber ist die Berechnung der Geldentwertung. Infolge ging unser Kampf um die Anerkennung der Geldentwertung und nachdem die Kaufmanns- und Gewerbebericht endlich die Geldentwertung anerkannt, ist neuerdings ein merkwürdiger Rückschlag zu verzeichnen.

Das Reichsgericht hat sich mehrfach dahin entschieden, daß die Mark kein Wertmesser auf längere Zeit ist, sondern daß der Tag der Zahlung maßgebend ist. Dementsprechend muß also ein Arbeitgeber, wenn er vor einem halben Jahr einen Wochenlohn schuldig war, nunmehr den jetzigen Wochenlohn zahlen. Anders aber entscheidet das Gewerbegericht. Ein Betriebsrat wurde am 17. September frist- und grundlos entlassen. Er klagte am 19. beim Gewerbegericht den ersten Wochenlohn mit 144 Millionen Mark ein. Am 1. Oktober, als der Wochenlohn auf 726 Millionen Mark gestiegen war, verurteilte das Gewerbegericht (Dr. Riese, Kammer 7) den Beklagten zu der Summe von 234 Millionen Mark im Vermittlungswege. Der Arbeitgeber hatte bereits 500 Millionen geboten! Berücksichtigen muß man auch noch, daß ein Urteil des Gewerbegerichts erst 14 volle Tage später zur Vollstreckung reif ist. Das ist in der heutigen Zeit viel zu lange. Ein vollstreckbares Urteil muß spätestens am zweiten Tage in der Hand des Klägers sein, wenn es nicht vollends wertlos werden soll.

Die Berechnung stützt sich auf ein Kammergerichtsurteil, wonach dem Kläger ein Viertel des Reichsindex als Geldentwertung zukommen. Die Mehrheit der Berliner Kaufmanns- und Gewerbebericht hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. Das ist also ein Viertelrecht für die Arbeiter, eine Prämie auf verspätete Gehaltszahlung. Eine derartige Rechtsprechung kann man nur als ungeheuerlich bezeichnen. Man bedenke weiter, daß 50 Prozent aller Klagen durch laune Vergleiche oder durch Zurücknahme der Klage enden, da die Beweisführung für den entlassenen Angestellten, tausendmal schwerer ist, als die Verteidigung des beklagten Arbeitgebers, der unter seinem Personal immer genügend Elemente findet, die zum Gunsten der ausgeschiedenen Kläger aussagen, um ihre Stellung nicht zu verlieren. Die Zubilligung eines Viertels des Reichsindex ist so lächerlich, daß es bei der laufenden Geldentwertung überflüssig erscheint, weitere Klagen überhaupt einzureichen. Die Stadt Berlin kann sich die ungeheure Ausgabe für ein solches „Recht“ und ein solches Kaufmanns- und Gewerbegericht sparen. Wir empfehlen dem Berliner Magistrat zunächst, daß er der Mehrheit der Kaufmanns- und Gewerbebericht mehrere Monate das Gehalt nicht zahlen soll und daß er sie dann auf den Rechtsweg verweist. Nach einer solchen Herabsetzung würden sie wohl etwas mehr Einsicht und Verständnis für die Lage der Arbeiter haben.

Die meisten der Gewerbebericht können sich in die Psyche eines ungerecht entlassenen Arbeiters gar nicht hineinsetzen. Sie wissen

nicht, wie schwer die Arbeitslosigkeit auf ihnen lastet, weil sie einen derartigen einkommenslosen Hungerzustand niemals kennen gelernt haben. Für sie sorgt der Magistrat genügend und pünktlich jahraus, jahrein. Wir müssen fordern, daß bei den neuen Arbeitsgerichten Männer Richter werden, die die gewerbliche Arbeit und das Arbeitsverhältnis kennen, nicht nur vom Hörensagen, sondern die mindestens ein Jahr in einem gewerblichen Betrieb praktisch gearbeitet haben. Dann werden sie erst einmal das wahre Gesicht und den wahren Ton der Herren Arbeitgeber kennen lernen. Erst dann wird ihnen so manches verständlich erscheinen, was sie bis jetzt nicht verstehen können. Es gibt sogar einen Richter, der die Arbeiter anschnauzt, wenn sie eine Hand in die Tasche stecken, was er bei den Arbeitgebern bis zum heutigen Tage noch nicht getrigt hat.

Was sind nun die Folgen einer derartigen verständnislosen Behandlung und derartiger Urteile? Zuerst eine innere Empörung, sich natürlich Luft machen muß. Man kann es menschlich begreiflich finden, wenn ein so behandelter Arbeiter umgehend Kommunist wird. Nicht jeder hat die Nerven, diese Zustände durch jahrelangen Kampf zu bessern. Aber dazu bezahlt der Magistrat die Gewerbebericht nicht. Das Höchste und Größte in der demokratischen Republik ist das gleiche Recht für alle. Dieses gleiche Recht ist bis jetzt nicht vorhanden. Das zu erkämpfen, müssen auch wir als Gewerkschaft anders arbeiten als bisher. Hier wäre es nötig, daß alle Berliner freien Gewerkschaften ein gemeinsames Rechtsbureau unterhalten, wo alle Urteile gesammelt werden und wo ständig Material gesammelt wird, um diejenigen Richter, die für ein Arbeitsgericht ungeeignet sind, unschädlich zu machen, und wenn es auch die Mehrheit der Berliner Kaufmanns- und Gewerbebericht wäre.

## Streik bei der Hochbahngesellschaft.

Wie zu erwarten, ist es zwischen der Direktion der Hochbahngesellschaft und den Angestellten zu einem offenen Konflikt gekommen, nachdem über die Lohnverhandlungen eine Einigkeit nicht zu erzielen war. Bekanntlich war den Angestellten vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ein Lohnzuschlag in Höhe von 90 Prozent zugestimmt worden. Die Direktion lehnte diesen Schlichtungsbescheid ab und erklärte, ihrerseits nur 40 Prozent Zuschlag zahlen zu können. Dem Personal wurde jedoch in der vorigen Woche eine Vorauszahlung in Höhe von 300 Millionen gewährt, die in dieser Woche dann zum Abzug gebracht wurden.

Gestern fand vor dem Demobilisierungskommissar eine Einigungsverhandlung statt, da die Angestellten die Verbindlichkeitsklärung des vom Schlichtungsausschuß gefällten Schlichtungsbescheides beantragt hatten. Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Infolgedessen beschloß heute morgen die Arbeiter des Kraftwerkes der Hochbahn, sowie das technische Personal, in den Umkleestationen der Nord-Südbahn in den Streik zu treten.

## Neue Löhne in der Schuhindustrie.

Vom 1.—6. Oktober beträgt der Zuschlag 157 543 100 Proz. und 8 402 304 R. für Arbeiter im Betriebe; Zuschlag 195 785 300 Proz. für Heimarbeiter. Mindeststundenlohn für Arbeiter über 21 Jahre: männl. 33 600 216 R., weibl. 25 200 912 R.

**Reparaturmacher:** Vom 24.—29. September Mindeststundenlohn, männl. und als Affordbasis für neue Arbeiten 21 000 000 R., weibl. und als Affordbasis für Reparaturen 19 950 000 R. Vom 1.—6. Oktober 30 308 000 R. bzw. 23 787 850 R.

**Schäftemacher:** Vom 24.—29. September Mindeststundenlohn, männl. 21 000 000 R., weibl. 16 800 000 R. Vom 1.—6. Oktober männl. 30 303 000 R., weibl. 24 242 400 R.

**Schuh- und Reparaturbranche:** Vom 5.—13. Oktober Mindeststundenlohn, männl. und als Affordbasis für neue Arbeiten 29 425 000 R., weibl. und als Affordbasis für Reparaturen 27 855 000 R. Für orthopädische und mechanische Betriebe 10 Proz. Zuschlag.

## „Aufklärung“ oder „Aufklärung“?

Es wäre leichtfertig zu behaupten, daß nicht auch dem Unternehmertum an einer volkswirtschaftlichen Aufklärung der Arbeitnehmerschaft gelegen wäre. Man bringt sogar Opfer und spart nicht an Papier und Druckerschwarz, um die Arbeiter mit den „Vorzügen“ der natürlich kapitalistischen Wirtschaftsweise vertraut zu machen. So hat der Deutsche Industrie-Schuyverband, der seinen Sitz in Dresden hat, vor einiger Zeit be-

reits eine Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse“ gegründet, die bisher eine Reihe von Broschüren herausgebracht hat. Man treibt dort „Volkswirtschaft“, wie die Herren der Industrie sie eben aufkassieren.

Auch wie sind der Ansicht, daß volkswirtschaftliche Kenntnisse zu dem notwendigen Rüstzeug der Arbeiter und Angestellten, insbesondere ihrer Funktionäre und Betriebsräte gehören. Wir warnen jedoch vor „Aufklärung“-Schriften, die nicht anders darstellten, als unter dem Mantel der Wissenschaft verborgene nackte Interessenvertretung des Kapitals.

Die Berliner Arbeiterbewegung besitzt in der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Schule eine Bildungseinrichtung, die auch in ihrem neuen, in der ersten Oktober-Woche beginnenden Unterrichtsabstufung eine Reihe volkswirtschaftlicher Kurse abhält. Wir entnehmen dem Lehrplan die Titel: Einführung in die moderne Volkswirtschaft; Arbeiterbewegung und Volkswirtschaft; Wesen und Formen des modernen Kapitalismus; Geld-, Wert- und Gütertheorien; Die Zusammenhängebewegung in der Großindustrie; Staatsfinanzen und Steuerpolitik; Die volkswirtschaftlichen Beziehungen der Völker; Einführung in volkswirtschaftliche Lehreinrichtungen; Die ökonomischen Lehren des Marxismus.

Diese Kurse finden in fast allen Stadtbezirken Berlins statt. Hörsäle (zum Preise von 600 000 R. für Kurzarbeiter zum halben Preis, für Arbeitslose unentgeltlich) und Lehrpläne werden in den Ortsvereinigungen der Gewerkschaften und im Bureau der Schule (Engelstr. 24/25, 2. Hof L.) ausgegeben. Dort finden Montags und Freitags von 4—7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden statt.

Arbeiter! Angestellte! Verschafft Euch volkswirtschaftliche Kenntnisse! Nur so könnt Ihr den kapitalistischen Apparat durchschauen und das kapitalistische System der Ausbeutung bekämpfen.

## Von der Moskauer Internationale.

Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur nehmen an der in Moskau am 2. Oktober eröffneten internationalen Konferenz der Land- und Holzarbeiter die Vertreter Sowjetrußlands, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Estlands, Japans, Spaniens, Hollands, Schwedens, Norwegens und Polens teil. Auf der Konferenz wird über die Gewerkschaftsfragen der Land- und Holzarbeiter beraten. 17 Verbände landwirtschaftlicher Arbeiter, d. h. über 600 000 Mann, gehören der Gewerkschaftsinternationale an.

Die Nennung der verschiedenen Länder sieht nach etwas aus, doch steckt nichts dahinter. Weder der Deutsche Holzarbeiterverband, noch der Deutsche Landarbeiterverband schickten einen Delegierten nach Moskau. Die „Vertreter Deutschlands“ haben ihr Mandat aus der Rosenthaler Straße in Berlin. Um die Vertretungen der übrigen Länder, außer Rußland, steht es nicht viel besser. Nach welchem Prinzip die Moskauer Berufsinternationale zusammengesetzt sind, wenn Land- und Holzarbeiter zusammengeworfen werden, ist ziemlich unklar. Wahrscheinlich die Unproduktion zu sein, wenn nicht das Bedürfnis, zu hohen Ziffern für die Öffentlichkeit zu kommen.

## Konflikt im englischen Kohlenbergbau.

Die englischen Bergwerksbesitzer besprachen gestern die Forderung des Bergarbeiterverbandes, betreffend Revision des Nationalen Lohnübereinkommens, welches nach dem Streik von 1921 abgeschlossen wurde. Die Bergleute fordern 1. Abänderung des Verfahrens der Gemeinestellung; 2. Erhöhung der Mindestlöhne; 3. genauere Angaben bei der Veröffentlichung der Betriebskosten. Die Bergwerksbesitzer lehnten die Forderungen der Bergleute ab.

Die Lohnzahl für Reichsarbeiter. Nach den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen wurde die Lohnzahl für die Reichsarbeiter für die laufende Woche auf 63 000 festgesetzt. Die näheren Einzelheiten sind aus dem Reichsbesoldungsblatt ersichtlich.

Die Löhne der Brannenbauer betragen in der Woche vom 29. September bis 5. Oktober 33 000 000 Millionen, Junggefellern und Bohrmeister 32 175 000 Millionen, Helfer 31 350 000 Millionen, Neueintretende 30 525 000 Millionen.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Arthur Czerwinski; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schilowski; Layout und Satz: Fritz Karst; Anzeigen: H. Gled; Druck: (unvollständig) in Berlin. Verlag: Formverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formverlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

**Sonder-Verkauf!**  
**Feste Preise!**

# 10 Waggons Emaille

**Nur drei Tage!**  
**Feste Preise!**

**Völlig konkurrenzlos!**  
**Beste Qualität!**

**Wilh. Herm. Lesser** Berlin-Schöneberg  
Kolonnenstraße 10-11 Ecke Sedanstraße . . .

**Sämtliche Artikel**  
**in allen Größen!**

Am 4. Oktober starb unsere Genossin, Frau **Frida Rudbeck** Bezirksverordn. im Bezirksamte XI. Wir verlieren in der Verstorbenen eine tatkräftige Funktionärin und Mitstreiterin für unsere hohen Ziele, welche sich stets selbstlos in den Dienst der großen Menschheitsidee gestellt hat. Besonders in der Frauen- und Jugendbewegung hat sie durch ihre unermüdete Tätigkeit Großes geleistet. Ihr Andenken werden wir stets in Ehren halten. Der Tag der Einäscherung wird unter Parteinachrichten mitgeteilt. Der Kreisvorstand und die Fraktion der Bezirksverordn. d. XI. Kreises.

**Gebrüder Fuhrmann**  
Handelsgerichtlich eingetragene Firma  
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch  
Zahngelisse  
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

**Restehandlg. Haarpuder**  
Goltzstr. 2  
Herren- u. Damenstoffe, Seiden, Samt, schillernde Futterartikel bedenkend unter Preis

**TRAURINGE**  
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrätig, nur bill. Preisberechn.  
**M. Dinse, Juwelier**  
Lichtenberg, Frankf. Allee 202  
Nähe Bahn, Lichtenb.-Friedrichs  
Teleph. Lichtenberg 3222

**Metalbetten**  
Stahlmatt, Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30 A frei. Eisenmöbelfabr. Sühl Thür.

**Bettwäsche Wäschestoffe**  
Handtücher, Hemdenstoffe, Damast, Dimitt, Linon, Züchen, Inletts, Bettdecken usw. zu konkurrenzlos billigen Preisen  
Wäschefabr. S. Einhorn  
Neukölln, Herrfurterstr. 31 (an d. Hermannstr.)

Willst du preiswert **Hosen** kaufen, mußt zu **Rosen-Anders** laufen.  
A. Anders, Beusselstr. 25

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten**  
Zahngelisse rablt unüberbithare Preise  
R. Felske,  
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

**Millionen sparen Sie**  
bei ERICH SCHULZ  
Neukölln, Kats.-Friedr.-Str. 223  
an der Weichselstr.  
Für den Winter: Strumpfwaren, Kindertrikots, Trikotasen, Kindersweater, Wollwaren, Damen-Schleppler, Woll-, Nähgarn.

**Alte Gebisse** auch zerbrochene  
pro Zahn 60 Millionen bis 1 Milliarde  
Gold-, Silber-, Platin-Bruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle  
**B. Zymelski, Weißburger Str. 32**

**Korsette**  
Verkauf Reparatur, Maßanfertigung  
**Fr. C. Bungartz,**  
Neukölln, Kottb. 31.

**Marken-Zigaretten**  
billig bei  
**Herschdorfer**  
Rosenthaler Str. 50

**Arbeitsnachweisgesetz**  
mit Nebenbestimmungen erläutert von  
**Dr. jur. et phil. BERGER** Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium  
**W. DONAU** Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium für Arbeitsvermittlung  
Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur praxisnahen Einführung u. Anwendung des seit 1. Okt. 1921 in Kraft getretenen Gesetzes.  
Preis-Grundzahl M. 3.25  
**BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2**

**Sternzwirne • Nähgarn • Twist**  
Sofort lieferbar, Gummiband, Rämme, Gerstel, große Quantität, weit unter Tagespreis, direkt  
**Häuser, Deubstr. 13, Zentrum 1203**